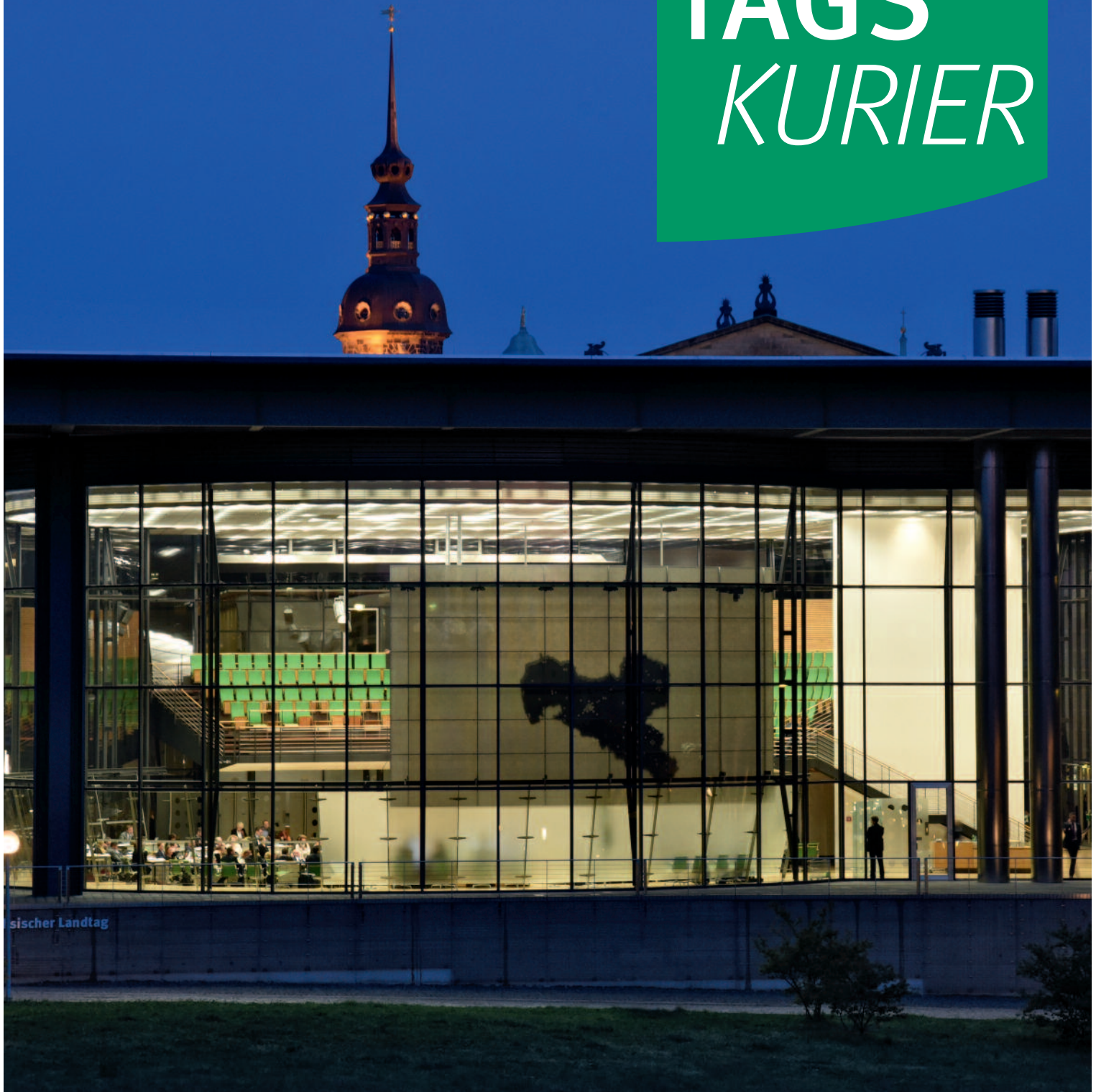


LAND TAGS KURIER



Sächsischer Landtag



Seite 4:
Haushalt des
Freistaates Sachsen
für 2015 und 2016



Seite 7:
Positionen zur
Energiepolitik
in Sachsen



Seite 11:
Gedenken an Ende
des Zweiten Weltkriegs
vor 70 Jahren

Ausgabe
3.15



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger,

am Ende einer zweitägigen Marathon-Sitzung des Landtags wurde der Doppelhaushalt des Freistaates Sachsen für die Jahre 2015 und 2016 angenommen. Damit hat das sächsische Parlament nach schwierigen Verhandlungen und kontroversen Diskussionen die weitere erfolgreiche Entwicklung des Freistaates Sachsen auf der bewährten Basis von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sichergestellt.

Die großen regionalen und globalen Herausforderungen, die gegenwärtig zu bewältigen sind und unser staatliches und gesellschaftliches Handeln auch in Zukunft bestimmen werden, wurden in den zurückliegenden Wochen von allen Fraktionen zum Ausdruck gebracht. Sie haben auch in der Berichterstattung der vorliegenden Ausgabe des Landtagskuriers ihren Niederschlag gefunden.

Das Spektrum der Aktuellen Debatten reichte von einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung in Sachsen über die Vorratsdatenspeicherung bis hin zur Bekämpfung der Gefährdungen, die in Form von Rechts- und Linksextremismus letztendlich gegen den inneren Frieden und die Stärkung der freiheitlichen Demokratie in Sachsen und Europa gerichtet sind.

Aus Anlass der Gedenkveranstaltungen zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs ist im Jubiläumsjahr der deutschen Einheit auch immer wieder daran erinnert worden, dass Frieden und Freiheit in Europa nur auf der Grundlage von Versöhnung und Toleranz gedeihen konnten. Die Ereignisse in der Ukraine haben deutlich gemacht, dass die Gründungsmotive der Europäischen Union – die Bildung eines europaweiten Wirtschafts- und Rechtsrahmens mit dem Ziel des friedvollen Zusammenlebens der europäischen Völker und Staaten – auch im 21. Jahrhundert keine Selbstverständlichkeit sind. Sie müssen von jeder Generation neu verteidigt werden.

Das gilt im globalen Maßstab gleichermaßen wie in der Region, weil der Frieden im Gemeinwesen beginnt und die Freiheit in jedem Einzelnen von uns ihre Wurzeln hat.

Matthias Röbler
Dr. Matthias Röbler
Präsident des Sächsischen Landtags

Titelfoto: S. Giersch

PLENUM

12. Sitzung des Sächsischen Landtags Neuer Entwicklungsschub für Sachsen 2. Lesung und Schlussabstimmung über den Haushaltsplan für 2015 und 2016	4
--	---

Hintergrundinformationen zum Haushalt für 2015 und 2016	6
--	---

11. Sitzung des Sächsischen Landtags Arbeitsplätze schützen, Regionen stärken CDU und SPD stehen für sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung	7
---	---

11. Sitzung des Sächsischen Landtags Wem gehören meine Daten? DIE LINKE wendet sich gegen eine Vorratsdatenspeicherung 2.0	8
---	---

13. Sitzung des Sächsischen Landtags Verfassungsschutz als Frühwarnsystem Aktuelle Debatte thematisiert die Bekämpfung von Rechts- und Linksextremismus	9
--	---

13. Sitzung des Sächsischen Landtags Neutralitätspflicht verletzt? AfD hinterfragt die Rolle der öffentlichen Hand bei politischen Demonstrationen	10
---	----

AKTUELLES

Damit aus Gedenken Nachdenken wird	12
---	----

Historische Begegnung an der Elbe Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag	14
--	----

SONDERTHEMA

Ein Dresdner Wegbereiter der friedlichen Revolution Frank Richter	16
--	----

PARLAMENT

Bundestag und Sejm tagten in Dresden Deutsch-polnisches Treffen der Parlamentspräsidenten	18
--	----

EIN TAG MIT ...

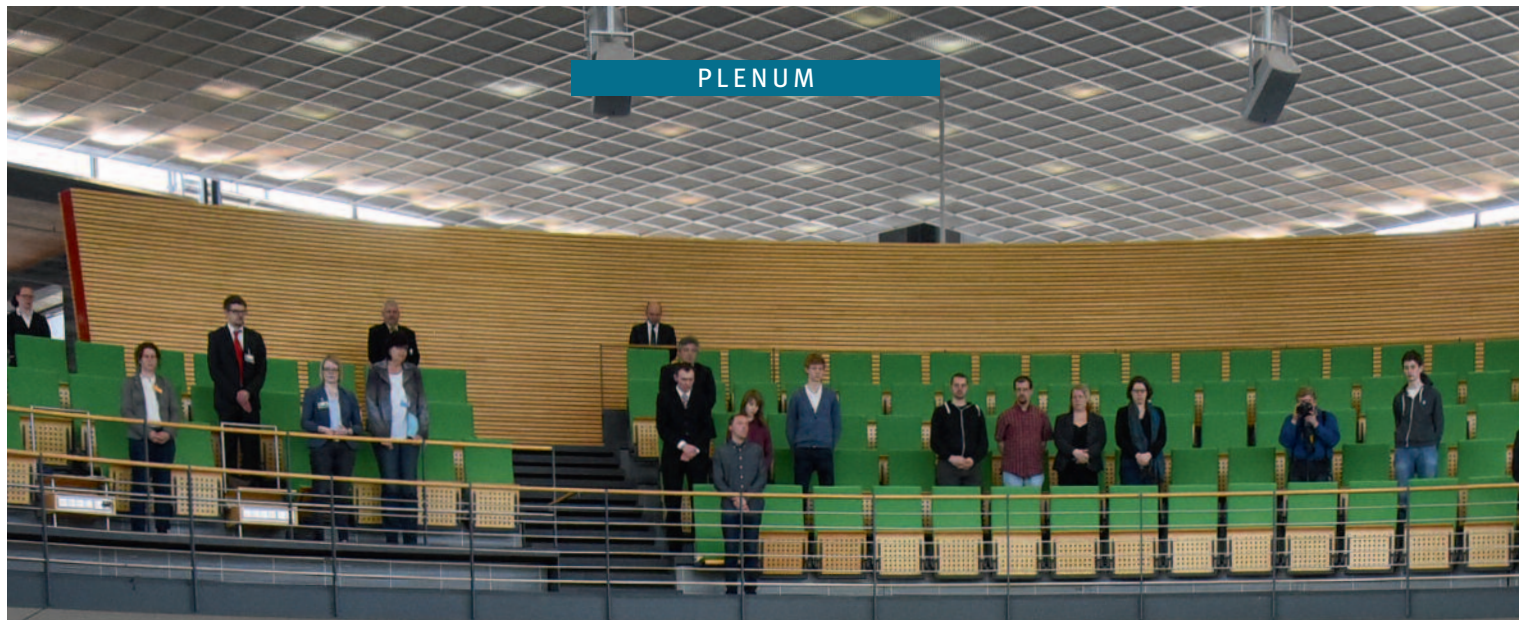
Politische Bildung wird für mich immer ein zentrales Thema bleiben Lars Rohwer im Porträt	20
---	----

GESCHICHTE

»mit zimlichen harten Worten« Der wohl erste überlieferte Ordnungsruf auf einem sächsischen Landtag	22
---	----

SERVICE

Weitere Informationen	24
-----------------------------	----



Schweigeminute zum Gedenken an Unglücksopfer

Foto: S. Giersch

// Am Beginn der 11. Plenarsitzung gedachten die Landtagsabgeordneten in einer Schweigeminute der Opfer mehrerer erschütternder Unglücksfälle der vergangenen Wochen – von den Toten des Germanwings-Flugzeugabsturzes über die im Mittelmeer verunglückten afrikanischen Flüchtlinge bis zu den Erdbebenopfern in Nepal. Im Mittelpunkt der 12. Sitzung stand die Verabschiedung des Doppelhaushalts für 2015 und 2016. Aktuelle Debatten befassten sich mit den Themen Energiepolitik (11. Sitzung) und Verfassungsschutzbericht sowie mit der Neutralitätspflicht des Staates und der Kommunen bei politischen Demonstrationen (13. Sitzung). //



Uwe Nösner

Neuer Entwicklungsschub für Sachsen

2. Lesung und Schlussabstimmung über den Haushaltsplan für 2015 und 2016

»Wir stärken mit diesem Haushalt die Kräfte der Veränderung und Entwicklung«, sagte Ministerpräsident Stanislaw Tillich zum Auftakt. »Wir geben den Zukunftsmachern, die Sachsen voranbringen, einen neuen Schub.« Der Wiederaufbau Sachsens sei inzwischen weitgehend abgeschlossen. Jetzt gelte es aufzuholen. Dabei verwies Tillich darauf, dass die Wertschöpfung in Sachsen aktuell nur rund 74 Prozent des Durchschnitts der alten Bundesländer erreiche. Die noch bestehende Lücke müsse geschlossen werden. Darum finanziere jeder fünfte Euro, der in diesem Doppelhaushalt ausgegeben werde, Investitionen in die Zukunft unseres Landes – vom Schulhausbau bis zum schnellen Internet. Kinder und Jugendliche müssten zu selbstbewussten Bürgern heranwach-

// Auf der Tagesordnung der 12. Sitzung des Sächsischen Landtags am 28. und 29. April 2015 standen die 2. Lesung und die Schlussabstimmung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2015 und 2016. Vor den Beschlussfassungen zu den Einzelplänen ergriffen der Ministerpräsident und die Fraktionsvorsitzenden das Wort. Lesen Sie auch die Hintergrundinformationen auf Seite 6. //

sen, Familien gestärkt werden, Ältere sicher umsorgt sein und Unternehmer ihre Ideen verwirklichen und mit den Arbeitnehmern Wohlstand schaffen können.

Kein Zukunftswerk

Rico Gebhardt, DIE LINKE, erinnerte daran, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen, der älteren Erwerbslosen,

der Hartz-IV-Empfänger unter den Beschäftigten, der Leiharbeiter und der Menschen mit Hartz-IV-Dauerbezug in Sachsen im Bundesvergleich überdurchschnittlich hoch sei. Er warf der Staatsregierung vor, mit ihren Etatplanungen trotz voller Kassen die drängendsten Probleme Sachsens nicht in den Griff zu bekommen. So setze sich der Personalabbau bei der Polizei trotz Kriminalitätsanstiegs weiter fort. Auch

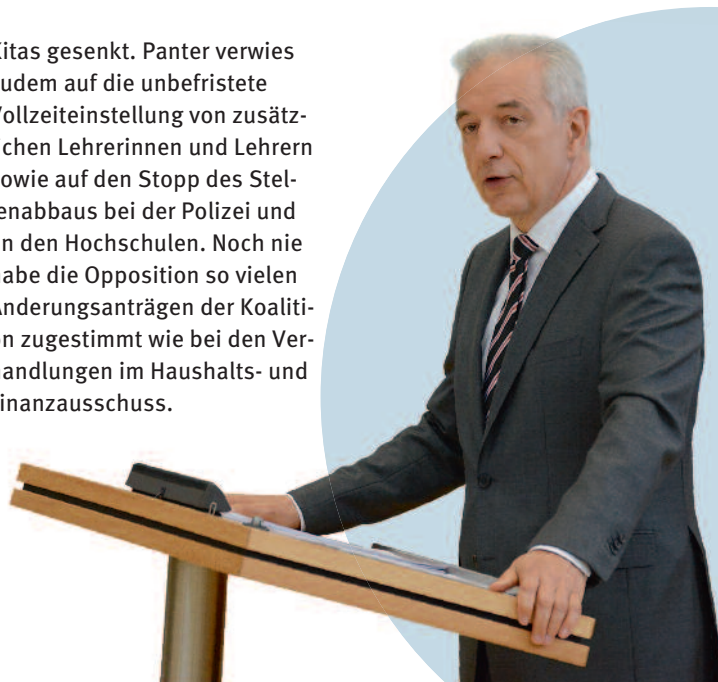
bei den versprochenen Verbesserungen an Schulen und Kindertageseinrichtungen handle es sich um Mogelpackungen. Er kritisierte die im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes enthaltene Erhöhung der Abgeordnetenbezüge bei Absenkung des Renteneintrittsalters für Langzeitparlamentarier. Das sei keine in Zahlen gegessene Solidarität. Eine Teil-Reparatur der von der CDU verursachten Schäden sei noch kein Zukunftswerk.

Nachhaltig und generationengerecht

Frank Kupfer, CDU, charakterisierte den Haushaltsentwurf als nachhaltig und generationengerecht. Er betonte, dass der Freistaat traditionell das meiste Geld für Bildung und

Forschung, Investitionen in die Infrastruktur und die finanzielle Unterstützung der Kommunen bereitstelle. Diese finanzpolitischen Schwerpunkte würden 2015 und 2016 fortgeführt. Um den Kommunen langfristig Mittel für wichtige Investitionen bereitzustellen, halte die Koalition am Zukunftssicherungsfonds Sachsen fest und baue ihn sogar noch aus. Das sei eine Investitionsrücklage in die Zukunft, da künftig mit weniger Mitteln aus dem Länderfinanzausgleich, aus Bundes- und europäischen Programmen gerechnet werden müsse. Die dem Fonds zugeführten weiteren 400 Millionen verstetigten die Möglichkeit, auch ab 2017 unter anderem in die Stärkung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Sachsen, in den Schulhaus- und Krankenhausbau oder die digitale Infrastruktur zu investieren.

Kitas gesenkt. Panter verwies zudem auf die unbefristete VollzeitEinstellung von zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern sowie auf den Stopp des Stellenabbaus bei der Polizei und an den Hochschulen. Noch nie habe die Opposition so vielen Änderungsanträgen der Koalition zugestimmt wie bei den Verhandlungen im Haushalts- und Finanzausschuss.



// Stanislaw Tillich

Wir stärken mit diesem Haushalt die Kräfte der Veränderung und Entwicklung.

12. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: S. Giersch

Rücklagen aufgezehrt

Dr. Frauke Petry, AfD, bilanzierte die Ein- und Ausgaben und stellte eine Lücke von 378 Mil-

sei vorhanden. Viele geplante Ausgabensteigerungen stünden in keinem Verhältnis zum eigentlichen Bedarf. Beispiels-

demografische Wandel, die Flüchtlingszahlen, der globale Wettbewerb, verbunden mit Rohstoffverbrauch und Klima-



// Rico Gebhardt

// Frank Kupfer

// Dirk Panter

// Dr. Frauke Petry

// Volkmar Zschocke

Weichen neu gestellt

Dieser Haushalt, so Dirk Panter, SPD, bringe für Sachsen bessere Bildung, gute Arbeit, spürbare Sicherheit, kluge Zukunftsinvestitionen und solide Finanzen. Er sei vernünftig, sozial und zukunftsorientiert. Seine Fraktion habe gemeinsam mit dem Koalitionspartner die Weichen neu gestellt. Schon zu Oppositionszeiten sei es die Botschaft der sächsischen Sozialdemokraten gewesen, dass der Freistaat über finanzielle Spielräume verfüge, um das Land voranzubringen. Erstmals in der Geschichte des Freistaats werde der Personalschlüssel in

lionen Euro für 2015 und 393 Millionen Euro für 2016 fest. Erhöht werde diese Lücke noch durch die Tilgung von Schulden in Höhe von jeweils 75 Millionen Euro in beiden Jahren. Zur Bezahlung dieser Mehrausgaben solle die Haushaltsrücklage erhalten, die eigentlich als Vorsorge für schwierigere Zeiten angelegt worden sei, aber mit diesem Haushalt fast vollständig aufgezehrt werde. Dabei gehe es auch anders. Ihre Fraktion habe 183 Änderungsanträge vorgelegt, von denen die meisten nicht auf Mehrausgaben, sondern weniger Ausgaben abgezielt hätten. Sparpotenzial

weise sei es nicht nachvollziehbar, warum im Landtag die Ausgaben von Postdienstleistungen steigen sollten, wenn gleichzeitig die Kommunikation auf E-Mail umgestellt werde.

Komplexe Probleme

In diesem Haushalt, so Volkmar Zschocke, GRÜNE, müssten komplexe Probleme gelöst werden, damit Sachsen auch künftig gute Lebensbedingungen und Perspektiven für alle bieten könne. Einfach weiter so wie bisher zu planen sei nicht möglich, weil die Herausforderungen zu unmittelbar seien. Der

veränderungen – all diese Herausforderungen erforderten das intelligente Einbeziehen verschiedener Lösungsperspektiven. Das wäre ein echtes Zukunftswerk. Doch die Koalition tue das Gegenteil. Von den Vorschlägen habe sie fast alle abgebugelt. Eine solche Haltung sei ein ganzes Stück selbstgerecht und gleichzeitig selbstunsicher, denn wären CDU und SPD souverän, dann würde ihnen kein Zacken aus der Krone fallen, gute Vorschläge der Opposition aufzugreifen.



Hintergrundinformationen zum Haushalt für 2015 und 2016

Foto: S. Giersch

Der Doppelhaushalt sieht für 2015 und 2016 ein Volumen von jeweils rund 17,2 Milliarden Euro vor und weist wieder keine Neuverschuldung auf. Damit wird Sachsen 2015 bereits zehn Jahre ohne Neuverschuldung auskommen. Mit einer Investitionsquote von 17,3 Prozent (20 Prozent mit Hochwasserschutz) im Jahr 2015 und 16,5 Prozent (18,9 Prozent mit Hochwasserschutz) im Jahr 2016 liegt Sachsen weiterhin an der Spitze der Bundesländer in Deutschland.

Bildung hat Priorität

Die Verbesserung des Personalschlüssels in der Kinderbetreuung wird ab September 2015 in vier Schritten bis 2018 umgesetzt: Im Kindergarten von derzeit 1:13 auf 1:12 im Jahr 2016, in der Kinderkrippe von derzeit 1:6 auf 1:5 im Jahr 2018. Der Landeszuschuss steigt für ein neunstündig betreutes Kind von derzeit 1.875 Euro auf 2.010 Euro ab Januar 2015, 2.085 Euro ab September 2015 und 2.165 Euro ab September 2016 (bis 2018 auf 2.455 Euro). Im Jahr 2016

// Am Ende der zweitägigen 12. Sitzung des Sächsischen Landtags wurde am 29. April 2015 der Doppelhaushalt des Freistaates Sachsen für die Jahre 2015 und 2016 angenommen. //

werden damit die Ausgaben allein für den Landeszuschuss in der Kindertagesbetreuung auf über 500 Millionen Euro wachsen.

Die unbefristete Einstellung von mindestens 6.100 Lehrerinnen und Lehrern bis 2019 ist sichergestellt. Für den Plan der Maßnahmen zur Inklusion sind ebenso Mittel in den Doppelhaushalt eingestellt (2015/2016 insgesamt 10,3 Millionen Euro). Dasselbe gilt für Investitionen in die Schulinfrastruktur. Dabei handelt es sich um 40 Millionen Euro aus Mitteln des Zukunftssicherungsfonds – dies sind rund fünf Millionen mehr als bisher. Für Investitionen in Kindertageseinrichtungen stehen bis 2017 zusätzliche Bundesmittel in Höhe von 28,3 Millionen Euro zur Verfügung. Darüber hinaus werden Investitionen in Schulen und Kindertageseinrichtungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes mit jährlich 20 Millionen Euro gefördert.

Standort weiter stärken

Weiterhin Priorität haben auch die Hochschulen. Die Studentenwerke erhalten höhere Zuschüsse (jeweils zusätzlich 4,1 Millionen Euro pro Jahr auf 10 Millionen Euro pro Jahr). Für das neue Nationale Centrum für Tumorerkrankungen bei der Medizinischen Fakultät der Technischen Universität Dresden werden bis 2018 insgesamt 22 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Insgesamt steigen die Ausgaben für Bildung und Forschung auf das Rekordniveau von 5,3 bzw. 5,4 Milliarden Euro pro Jahr.

Die Kulturraummittel steigen um jeweils fünf Millionen Euro auf insgesamt 91,7 Millionen Euro im Jahr. Die finanzielle Stärkung der Kulturräume setzt sich in den Folgejahren 2017 und 2018 durch eine weitere Erhöhung um jeweils drei Millionen Euro fort. Dann wird die Kulturraumförderung jährlich um acht Millionen Euro höher sein als 2014.

Weitere Schwerpunkte

Weitere Schwerpunkte liegen in den Bereichen der digitalen Infrastruktur, der Wirtschaftsförderung, der Kommunen, des Gesundheitswesens, des sozialen Zusammenhalts, der Inneren Sicherheit und des Zukunftssicherungsfonds. In den zurückliegenden Wochen und Monaten hatten die fünf Fraktionen über den Entwurf der Staatsregierung zu allen Politikfeldern beraten. Rund 650 Änderungsanträge wurden an die Ausschüsse überwiesen. 301 davon haben schließlich Eingang in die Beschlussvorlage des Haushalts- und Finanzausschusses gefunden. Bei einer ganzen Anzahl von Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen wurde der Entwurf des Haushaltsplanes am 29. April 2015 als Gesetz beschlossen.



www.finanzen.sachsen.de

Arbeitsplätze schützen, Regionen stärken

Uwe Nösner

CDU und SPD stehen für sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung

// Mit einer Aktuellen Debatte zur Energiepolitik ist auf Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD die Aktuelle Stunde der 11. Sitzung am 27. April 2015 eröffnet worden. Sie stand unter dem Titel »Arbeitsplätze schützen, Regionen stärken – für eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung in Sachsen«. Den Hintergrund bildete eine vom Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel vorgeschlagene Klimaschutzabgabe der Kohle-Industrie. //

Lars Rohwer, CDU, kritisierte die Pläne des Bundeswirtschaftsministers, die Kohle-Industrie zu einer Klimaschutzabgabe zu verpflichten. Gabriel führe seine Pläne als bescheidenen Beitrag zur Energiewende aus. Dafür hätten sie aber eine maximal verheerende Auswirkung auf Arbeitsplätze und Strompreise. Es sei unmöglich, die Energiewende zu meistern, wenn man aus Kernenergie und Braunkohle zugleich aussteige. Als Brückentechnologie sei die Braunkohle notwendig. Auch Henning Homann, SPD, forderte einen Strukturwandel, der den Menschen neue Perspektiven und die Möglichkeit für neue Arbeitsplätze gebe, bevor die Förderung und Verstromung der Braunkohle ende. Dafür würden Sicherheit und Unterstützung gebraucht. Es gehe sowohl um die Sicherung von Arbeitsplätzen als auch um den Ausbau erneuerbarer Energien. Es solle das eine getan werden, ohne das andere zu lassen. Die Lausitz brauche mehr Unterstützung aus Berlin und nicht weniger.

Vorschlag begrüßt

Marco Böhme, DIE LINKE, begrüßte den Gabriel-Vorschlag. Wenn man die von der Bundesregierung beschlossenen Klimaschutzziele erreichen



11. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Martin Dulig // Foto: S. Giersch

wolle, müsse man auch handeln. Das Vorhaben sei ein Steuerungshebel, der vor allem die ältesten und damit oftmals die ineffizientesten Kraftwerke betreffe. Im Übrigen hätte Sachsen Herrn Gabriel zuvorkommen können, wenn eigene Ausstiegspläne im Sinne eines Strukturwandels entwickelt worden wären. Frau Merkel und ihre Regierung, so Jörg Urban, AfD, stünden für einen deutschen Alleingang beim Klimaschutz, der die Menschen, die Wirtschaft und die Natur in unserem Land einseitig benachteilige. Die Gewerkschaften rechneten mit bis zu 100.000 Arbeitsplätzen, die bundesweit gefährdet seien, wenn die Kli-

maschutzabgabe für die fossilen Kraftwerke durchgesetzt werde. Das Handeln der Regierenden in Berlin müsse aus Sicht seiner Fraktion als unverantwortlich bezeichnet werden.

Politik von gestern

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, warf der Staatsregierung vor, mit ihrer Fixierung auf die Braunkohle eine Energiepolitik von gestern zu betreiben. Bei CDU und SPD sei ein erschreckender Realitätsverlust in Bezug auf die nationalen Reformzwänge in der Energiewirtschaft sowie die Optionen zur Erreichung der Klimaschutzziele zu verzeich-

nen. Seine Fraktion habe immer betont, dass Sachsen selbst gezielt nach und nach aus der Kohle aussteige oder eben ausgestiegen werde. Abschließend warnte Wirtschaftsminister Martin Dulig erneut vor Strukturabbrüchen und Arbeitsplatzverlusten in der Lausitz, falls die vom Bundeswirtschaftsminister vorgeschlagene Klimaschutzabgabe Realität werden sollte. Dies hätte zur Folge, dass ein Großteil der Braunkohlekraftwerke bereits 2017 vom Netz gehen müsste. Ein geordneter Strukturwandel sehe anders aus. Die Energiewende könne nur partnerschaftlich und auf verlässlicher Grundlage gelingen.

Wem gehören meine Daten?

DIE LINKE wendet sich gegen eine Vorratsdatenspeicherung 2.0

Uwe Nösner

// Mit einer Debatte zum umstrittenen Thema Vorratsdatenspeicherung ist die Aktuelle Stunde der 11. Sitzung des Sächsischen Landtags am 27. April 2015 auf Antrag der Fraktion DIE LINKE fortgesetzt worden. Gegen die von der Bundesregierung vorgesehene Protokollierung von Telefon, Handy, E-Mail und Internet regt sich aber nicht nur seitens der LINKEN Protest. //



11. Sitzung des Sächsischen Landtags



// Juliane Nagel // Fotos: S. Giersch

Juliane Nagel, DIE LINKE, warnte davor, dass mit der Speicherung von Telekommunikations-, Verbindungs- und Standortdaten ein Grundrechtseingriff auch auf Sachsen zukomme. Zwar werde gebetsmühlenartig bekundet, dass der Staat auf die bei den privaten Diensten gespeicherten Daten nur dann Zugriff habe, wenn ein unabhängiger Richter das auf Grundlage eines vorgegebenen Straftatenkatalogs entschieden habe. Es sei aber bekannt, dass einmal gespeicherte Daten Begehrlichkeiten weckten. Deshalb müsse dieses Vorhaben verhindert werden. Nach Auffassung von Christian Hartmann, CDU, sei es mit Blick auf den Schutz vor Terrorismus und Extremismus wichtig, dass ein verantwortungsvolles Maß zwischen der öffentlichen Sicherheit und den Grundrechtseingriffen gefunden werde. Seine Fraktion werbe um Verständnis für diesen Abwägungsprozess, der von der Bundesregierung vorgenommen werde und der die Freiheitsrechte in ein ausgewogenes Verhältnis zur Sicherheitsforderung setze.

Nur anlassbezogen!

Die Leitlinien der Bundesregierung, so Harald Baumann-Hasske, SPD, entsprächen den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Dagegen habe seine Fraktion Zweifel, ob sie auch den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs entsprächen. Danach dürfe die Vorratsdatenspeicherung nur anlassbezogen stattfinden. Auch die sächsischen Sozialdemokraten lehnten einen anlasslosen und flächendeckenden

Grundrechtseingriff und damit auch die Vorratsdatenspeicherung nach wie vor ab. Dr. Stefan Dreher, AfD, wies darauf hin, dass die Bürger und die Wirtschaft sich nicht auf die Sicherung gespeicherter Vorratsdaten beispielsweise gegen Wirtschaftsspionage verlassen könnten. Der Staat habe seine Aufgabe, Vertrauen zu schaffen, vernachlässigt. Bis heute gebe es kein Abkommen, dass in Deutschland – beispielsweise von den Amerikanern – nicht spioniert werden dürfe, und damit auch kein Vertrauen von Bürgern und Wirtschaft in die Datensicherheit.

Unter Generalverdacht

Die Bürgerinnen und Bürger, so Valentin Lippmann, GRÜNE, würden unter Generalverdacht gestellt. Ihre Daten würden ohne konkreten Anlass erst einmal pauschal gespeichert werden. Als Nächstes werde wahrscheinlich die permanente Forderung aufkommen, die Speicherfristen immer mehr auszuweiten. Seine Fraktion lehne die Vorratsdatenspeicherung ab. Abschließend bezeichnete Innenminister Markus Ulbig die Vorratsdatenspeicherung als einen Kompromiss und einen längst überfälligen Schritt in die richtige Richtung, der sich in der Praxis beweisen müsse. Für die sächsischen Ermittlungsbehörden werde er zumindest eine wertvolle Hilfe sein. Wenn diese Maßnahme dann wirklich zur Aufklärung von schweren Straftaten diene, sei es nicht nur für die Ermittlungsbehörden gut, sondern auch für die Menschen im Land.



// Christian Hartmann // Fotos: R. Deutscher



13. Sitzung des Sächsischen Landtags

Uwe Nösner

Verfassungsschutz als Frühwarnsystem

Aktuelle Debatte thematisiert die Bekämpfung von Rechts- und Linksextremismus

Christian Hartmann, CDU, erklärte, dass politischer Diskurs im Gespräch stattfindet und nicht auf Bahngleisen, mit Steinen auf Polizeibeamte, mit Bedrohungen von politischen Mandatsträgern, Aggressionen gegen Asylbewerber oder Angriffe auf Rathäuser. Die Demokratie müsse jeden Tag gelebt und verteidigt werden. Sie sei kein Automatismus. Der Verfassungsschutz sei ein wichtiges und notwendiges Frühwarnsystem, das unsere Demokratie vor Bedrohung schützen solle. Henning Homann, SPD, merkte an, dass es viele Leute gebe, die unsere Verfassung schützten. Das seien gegenwärtig jene Menschen, die dafür sorgten, dass die Willkommenskultur in Sachsen vorangebracht werde, und die sich den Initiativen widersetzen, die mit rassistischen Vorurteilen Stimmung gegen Unterkünfte von Asylsuchenden machten. Das seien Bürgerinnen und Bürger, die die Verfassung des Freistaates Sachsen praktisch schützten. Ihnen gebührten Anerkennung und Dank.

// Valentin Lippmann



// Die 1. Aktuelle Debatte in der 13. Sitzung des Landtags am 30. April 2015 wurde auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD auf die Tagesordnung gesetzt. Sie befasste sich unter dem Titel »Verfassung schützen, Demokratie stärken« mit der Bekämpfung der Gefahr von Rechts- und Linksextremismus in Sachsen. Im Mittelpunkt standen die Erkenntnisse des aktuellen Verfassungsschutzberichtes. //

Pegida kein Thema

Bei der Vorstellung des Berichtes des Verfassungsschutzes, so Kerstin Köditz, DIE LINKE, sei klar geworden, dass Pegida kein Thema für das Landesamt für Verfassungsschutz sei. Allerdings tauche das Wort Pegida unter dem Punkt Linksextremismus auf, weil »Linksextremisten« sich dafür engagierten, Pegida Einhalt zu gebieten. Dass aber die Pegida-Demonstrationen selbst für Bestrebungen der extremen Rechten genutzt und frequentiert würden, dazu stehe im Bericht kein Wort.

Das Thema Bekämpfung von Extremismus, so Dr. Stefan Dreher, AfD, müsse auch um religiösen Extremismus ergänzt werden. Nicht nur in Paris habe es islamistische Terroranschläge gegeben. Auch in Deutschland seien solche verhindert worden. Es müsse zudem an die irregeleiteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen gedacht werden, die auf den religiösen Wahn hereinfließen und in den Nahen Osten reisten, um sich der Terrororganisation Islamischer Staat anzuschließen.

Unbrauchbare Analyse

Valentin Lippmann, GRÜNE, zog in Zweifel, dass das Landesamt in der jetzt bestehenden Form zum Schutz der Verfassung vor ihren Feinden tatsächlich gebraucht werde. Während der Verfassungsschutzbericht 2014 von 83 Fällen rechtsmotivierter Gewalt ausgehe, komme die RAA, die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen, im Vergleichszeitraum auf 257 Fälle. Das belege ungefähr die Analysefähigkeit dieses Landesamtes.

Abschließend bezeichnete Innenminister Markus Ulbig den Verfassungsschutz als den ersten und wichtigsten Partner für eine wehrhafte Demokratie. Der Staat könne sich nur gegen Gefahren wehren, die ihm bekannt seien. Deshalb beobachte der Verfassungsschutz diejenigen extremistischen Gruppen, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung abschaffen wollten. Das Landesamt sei ein verlässlicher Scanner für Extremismus und ein zuverlässiges Frühwarnsystem.



13. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Das zweite Thema der Aktuellen Stunde zur 13. Sitzung des Sächsischen Landtags am 30. April 2015 stand auf Antrag der AfD-Fraktion auf der Tagesordnung. Es trug den Titel »Verletzung der Neutralitätspflicht bei politischen Demonstrationen durch die öffentliche Hand«. //

Neutralitätspflicht verletzt?

AfD hinterfragt die Rolle der öffentlichen Hand bei politischen Demonstrationen

Mit Bezug auf die Demonstrationenfreiheit und die Neutralitätspflicht der öffentlichen Hand warf Detlev Spangenberg, AfD, der Sächsischen Staatsregierung und der Landeshauptstadt Dresden vor, im Zusammenhang mit den Montagsdemonstrationen Gegendemonstrationen finanziell und personell unterstützt zu haben. So seien am 10. Januar für eine solche Demonstration mehr als 100.000 Euro lockergemacht worden. Martin Modschiedler, CDU, kennzeichnete die Vorwürfe als an den Haaren herbeigezogen. Es gehöre zu den Pflichten des Landes und der Kommunen, sich unabhängig von Parteistandpunkten für die Wahrung der Werte unserer Demokratie einzusetzen. Von einem Verstoß gegen das Neutralitätsgebot könne nicht die Rede sein. Die Veranstaltung vom 10. Januar sei dem Bekenntnis der Dresdner und Sachsen für Weltoffenheit, Mitmenschlichkeit und Dialog gewidmet gewesen.

Falsche Behauptung

Lutz Richter, DIE LINKE, bezeichnete die wiederholt aufgestellte Behauptung der AfD als falsch, dass Demonstrationen gegen Pegida ohne staatliche Unterstützung überhaupt nicht möglich gewesen seien. Auf diesen Demonstrationen hätten sich engagierte Menschen ehrenamtlich für Weltoffenheit und Demokratie engagiert. Seine Fraktion fordere von der Staatsregierung, dass sie sich noch viel öfter einbringe und noch stärker gegen Diskriminierung und Ausgrenzung Gesicht zeige.

Viele von denen, so Harald Baumann-Hasske, SPD, die bei

Pegida mitgelaufen seien, hätten schlicht relativ undifferenziert ihrem Frust Luft gemacht. Aber sie seien denen hinterhergelaufen, die die Fremdenfeindlichkeit im Namen trügen. Übrig geblieben seien jetzt die bekennenden Rechtsradikalen. Wer denen hinterherlaufe, sei ein ebensolcher Mitläufer wie jene, die einst die Diktatur der Nationalsozialisten erst möglich gemacht hätten.

Grober Unfug

Valentin Lippold, GRÜNE, sah keinen Anlass, an der Neutralitätspflicht des Staates zu zweifeln. Diese werde mit der

Annahme verwechselt, dass der Staat in einer politischen Handlungslosigkeit zu agieren hätte. Wenn es um die politische Neutralitätspflicht des Staates bei Versammlungen gehe, dann müsse die AfD auch an die Pegida-Demonstrationen selbst denken, bei denen die Unterstützungs- und Schutzleistungen staatlicherseits kaum noch zu überbieten gewesen seien. Abschließend wies Staatskanzleichef Dr. Fritz Jaeckel die AfD darauf hin, dass der Titel der Aktuellen Debatte der Staatsregierung einen Verfassungsbruch unterstelle. Das sei grober Unfug. Was die AfD betreibe, sei der Versuch, Regierungsmitglieder, Mandatsträger und alle, die sich in unserem Gemeinwesen in Funktionen verdient machten, unter dem Deckmantel eines vermeintlichen Verfassungsbruchs zum Schweigen zu bringen. Das untergrabe die Legitimität der sächsischen Demokratie.



// Lutz Richter // Fotos: R. Deutscher



Gedenkveranstaltung in Zeithain anlässlich des 70. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges

Foto: ddp images

// Vor 70 Jahren begegneten sich an der Elbe bei Torgau und Strehla sowjetische und amerikanische Truppen und besiegelten das Ende des Zweiten Weltkrieges. Im nahe gelegenen Zeithain trafen sich am 23. April 2015 Politiker, gesellschaftliche Würdenträger, hochrangige Diplomaten und Hinterbliebene von einst in Zeithain inhaftierten Kriegsgefangenen zu einer Gedenkveranstaltung. //

Damit aus Gedenken Nachdenken wird ...

Martina Findeisen



Fotos: D. Worgul

// Aus Anlass des 70. Jahrestages des Endes des 2. Weltkrieges und der Befreiung des Kriegsgefangenenlagers Zeithain fand am 23. April eine Gedenkveranstaltung im Ehrenhain Zeithain statt. Rund 300 Gäste aus Politik und Gesellschaft sowie zahlreiche Angehörige ehemaliger Kriegsgefangener waren der Einladung nach Zeithain gefolgt. Mehr als bemerkenswert: die Anwesenheit hochrangiger diplomatischer Vertreter aus Russland, der Ukraine, Belarus, Kasachstan, Turkmenistan, Italien, Polen und den USA – jener Länder, aus denen die Zeithainer Gefangenen überwiegend stammten. //

Eingeladen hatten die Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Landesverband Sachsen, die Gemeinde Zeithain und der Förderverein Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain e. V. Die Durchführung erfolgte in Kooperation mit dem Sächsischen Landtag und der Sächsischen Staatsregierung. Landtag und Staatsregierung hatten bereits im Jahr 2013 ihre jährlich stattfindende Gedenkveranstaltung am 27. Januar insbesondere den Kriegsgefangenen gewidmet. Erstmals in

der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erinnerte damals ein deutsches Parlament explizit an die Opfergruppe der Kriegsgefangenen und die an ihr begangenen Verbrechen.

Demokratie jeden Tag aufs Neue leben

Diktatur und Krieg enden nicht mit einer Stunde null. Sie müssen vielmehr in den Köpfen

überwunden werden. Gedenken heiße auch, darüber nachzudenken, was die Vergangenheit für die Zukunft bedeute, hatte Ministerpräsident Stanislaw Tillich in seiner Gedenkrede festgestellt. Demokratische Gesinnung müsse erst zur neuen, zur normalen Geisteshaltung werden, ehe man sagen könne: Aus Orten von Tod, Zynismus und Niederlage sind Orte des Sieges und der Hoffnung auf eine bessere Zukunft geworden. »An solchen Orten ist der Gedanke lebendig: Nie wieder. Solche Orte sind ein Appell an uns alle, jeden Tag aufs Neue die Demokratie zu leben«, forderte er auf.

Humanitäre Verpflichtung und Verbundenheit

Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner erinnerte in seiner Gedenkrede daran, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941 zu den ersten Opfern des Ver-



// Stanislaw Tillich

// Dr. Matthias Röbner

nichtungsfeldzuges der Wehrmacht gegen die Sowjetunion gehörten. Nur eine Minderheit der etwa 5,3 Millionen Gefangenen habe am Ende des Krieges in die Heimat zurückkehren können. Etwa 25.000 bis 30.000 sowjetische Soldaten und 900 Gefangene aus anderen Ländern seien allein in Zeithain gestorben. Die Aufarbeitung dieses Teils der Vergangenheit habe jahrzehntelang auf sich warten lassen, zumal das Schicksal der Überlebenden in der UdSSR selbst mit einer Stigmatisierung verbunden gewesen sei. Die DDR habe diese Tabuisierung des Themas in der Sowjetunion nachvollzogen, sodass das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen erst im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts Eingang in die deutsche Erinnerungskultur gefunden habe. Rößler dankte nachdrücklich der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, deren Dokumentationsstätte sich seit dem Jahr 2000 intensiv mit der Aufarbeitung sowjetischer Kriegsgefangenschicksale befasst hat. Dabei wurden Archivunterlagen zu rund einer Million Sowjetbürgern erschlossen, die während des Zweiten Weltkrieges in deutsche Gefangenschaft geraten sind. »Weil wir uns mit ihnen verbunden fühlen und es als unsere humanitäre Verpflichtung empfinden, stehen wir heute gemeinsam an diesem Ort des Gedenkens«, so der Landtagspräsident.

Aus Gegnern wurden Partner

Angesichts der aktuellen Bilder des Weltgeschehens wage er jedoch auch zu bezweifeln, dass die Erinnerung allein genüge, um den Krieg aus Europa zu verbannen. In Deutschland und Europa habe man erkannt, dass heute kein Konflikt mehr militärisch gelöst werden könne und die Siegermächte von einst auch nach sieben Jahrzehnten

eine Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens trügen. »Aus einstigen Gegnern sind für uns Deutsche Partner geworden. Den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs (...) haben wir es als Deutsche zu



verdanken, dass wir als geeinte Nation in die europäische Geschichte zurückgekehrt sind«, so Rößler weiter.

Brücke zwischen Ost und West

Als »Land der Mitte« seien wir auch eine Brücke zwischen Ost und West. Als sächsischer, deutscher und europäischer Fluss verbinde die Elbe den Nordatlantik mit der slawischen Welt. Als Verbindung, nicht als Begrenzung, hätten ihn die sowjetischen und amerikanischen Soldaten in der historischen Stunde vor 70 Jahren erlebt, als sie sich bei Torgau und Strehla an der Elbe begegnet seien. »Diese Erfahrung sollte für Russen und Amerikaner, für Deutsche und alle anderen Europäer die Botschaft für das Jahr 2015 sein«, appellierte der Landtagspräsident am Ende seiner Rede.

In bewegenden Worten schilderte Danil Panasenکو aus



Erforschung der Gefangenschicksale erbrachten Leistungen. Das gemeinsame Gedenken der Repräsentanten jener Länder, die im 2. Weltkrieg in besonderem Maße gelitten haben, hier in Zeithain zeige, »... dass auf dem Wege der Versöhnung eine gigantische Distanz zurückgelegt wurde.«

Zum Abschluss der Gedenkveranstaltung wurden weitere Namensstelen geweiht. Die Totenehrung nahmen Vertreter verschiedener Religionen gemeinsam vor.

Die Stelen in Zeithain tragen die Namen von 23.000 im Kriegsgefangenenlager Zeithain 1941–1945 verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen. Sie waren mit Unterstützung des Freistaates Sachsen in der Gedenkstätte und auf drei weiteren Kriegsgefangenenfriedhöfen seit September 2013 aufgestellt worden. Erstmals in Deutschland werden damit auf den Zeithainer Friedhöfen alle bekannten Namen dieser Opfergruppe dauerhaft vermerkt.



Uwe Nösner

Historische Begegnung an der Elbe

Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag



// Am 25. April 2015 jährte sich zum 70. Mal die Begegnung von Einheiten der Sowjetarmee und der USA an der Elbe in Strehla und Torgau. Dieses Ereignis, mit dem das Ende des 2. Weltkrieges eingeläutet wurde, bedeutet für die beiden sächsischen Städte und die Menschen in der Region Erinnerung und Mahnung an die furchtbaren Schrecken und Leiden des Krieges. Anlässlich der Gedenkveranstaltung in Strehla hat die 1. Vizepräsidentin Andrea Dombois am 24. April den Sächsischen Landtag vertreten. //

Nachdem es am 25. April 1945 auf den Elbwiesen in Lorenzkirch und in Kreinitz bei Strehla zu den ersten beiden Treffen der Alliierten gekommen war, traf am Nachmittag dieses denkwürdigen Tages eine amerikanische Patrouille auch in Torgau auf sowjetische Soldaten, von denen die Amerikaner auf der zerstörten Elbbrücke freudig empfangen wurden. Zwei Tage später haben sich Leutnant William Robertson und Leutnant Alexander Silwaschko die Hand

zum offiziellen Foto gereicht, welches um die Welt gegangen ist und als eine der berühmtesten Fotografien des 20. Jahrhunderts in die Geschichte Eingang gefunden hat. Mit diesem symbolischen Handschlag von Torgau hat sich für alle Welt sichtbar die Lücke zwischen den Fronten des Zweiten Weltkriegs geschlossen und war dessen Ende in greifbare Nähe gerückt. Vor 20 Jahren, zum 50. Jahrestag ihrer Begegnung auf der zerstörten Brücke in Torgau,

haben Silwaschko und Robertson die Ehrenbürgerschaft der Stadt Torgau erhalten.

Ein Fluss verbindet

In ihrer Ansprache erinnerte Andrea Dombois an die Ereignisse vor 70 Jahren, als der von den Nationalsozialisten entfesselte Zweite Weltkrieg im Frühjahr 1945 nach Deutschland zurückgekehrt war und bis zur endgültigen Kapitulation am 8. Mai 1945

insgesamt mehr als 55 Millionen Menschenleben gekostet hat. Durch die Luftangriffe auf seine Städte sei Sachsen bereits seit 1943 besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Erst mit dem Zusammentreffen von amerikanischen und sowjetischen Soldaten im Raum zwischen Mulde und Elbe sei der Krieg auch auf sächsischem Boden zu Ende gegangen.

Bis heute zählt der Elbe Day mit Recht zu den wichtigsten internationalen Gedenktagen des Zweiten Weltkriegs. Die Erfahrung der Verbundenheit der Alliierte bei der Wiederherstellung des Friedens in Europa wird deshalb als Auftrag zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens auch in Zukunft mit Strehla und Torgau an der Elbe in Sachsen verbunden sein.

Fotos: F. Ullrich



http://de.wikipedia.org/wiki/Elbe_Day



Frank Richter Demokrat und Moderator aus Überzeugung



// »Wir müssen reden.«
Frank Richter ist überzeugt:
Die meisten Konflikte lassen
sich im Dialog klären. //
Foto: SLpB

// Auch nach 25 Jahren deutscher Einheit bleibt die Demokratie eine gesellschaftliche Aufgabe, um deren Umsetzung stets neu gerungen werden muss. Frank Richter, einst führender Kopf der Dresdner »Gruppe der 20«, heute Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, setzt sich noch immer engagiert für Aufklärung und politischen Dialog ein. //

Ein Dresdner Wegbereiter



// Partner gesucht. Jedes Jahr sucht die Landeszentrale Politische Orte. 2015 im Landkreis Leipzig. // Fotos: SLPB

Prof. Dr. Eckhard Jesse

Frank Richter ist ein bescheidener Mann, der Pro und Kontra sorgsam abwägt. Im Oktober 1989 fiel ihm in Dresden mit der Etablierung der »Gruppe der 20« eine bedeutungsschwere Rolle zu. Sein Name, eng mit der »Gruppe der 20« verbunden, geriet jüngst im Zusammenhang mit Pegida wieder in die Schlagzeilen.

Leben in der DDR

Geboren am 20. April 1960 in Meißen als Sohn eines evangelischen Maurers und einer katholischen Bürokauffrau, wuchs Frank Richter in der sächsischen Kleinstadt Großenhain auf. Dort absolvierte er, eine katholische Erziehung genießend, 1978 zwar das Abitur, aber ein Lehrerstudium (Geschichte und Geografie) blieb ihm verwehrt. Wie nach der friedlichen Revolution bekannt wurde, hatte sich das Ministerium für Staatssicherheit maßgeblich und erfolgreich eingeschaltet, ihm das gewünschte Studium zu verwehren. »Damals war ich froh, dass sich mit der Ablehnung meines Studien-

wunsches die Fronten klärten. Ich brach innerlich mit dem Staat DDR, der sich durch eine Ideologie zu begründen suchte, die ich als falsch und menschenfeindlich erkannt hatte, und der mich nun auch persönlich von sich stieß.«

Der Zeit als Bausoldat in Stralsund vom November 1979 bis zum April 1981 folgte ein Studium der Philosophie und der Katholischen Theologie in Erfurt und Neuzelle (1981–1987). Nach der Priesterweihe 1987 fungierte Richter als Kaplan in Dresden-Pieschen, ab September 1989 als Vikar an der Dresdener Hofkirche.



// Frank Richter, 1991



// Anlässlich der 25-jährigen Jubiläen der friedlichen Revolution 2014 und der deutschen Einheit 2015 erinnern wir in dieser Rubrik an Persönlichkeiten, die den Wendepunkt der deutschen und sächsischen Geschichte aktiv mitgestaltet haben. Die Reihe wurde in der Ausgabe 5/14 eröffnet. //

Wirken im Herbst 1989

Am 8. Oktober 1989, bei einer abendlichen Demonstration in Dresden, in einer emotional hoch aufgeladenen Situation, die in Gewaltsamkeit auszuarnten drohte, kam Richters Stunde. Er trug dem polizeilichen Einsatzleiter sein Anliegen vor: Die staatliche Seite möge für einen Gesprächspartner mit den Protestierenden sorgen, um Gewaltlosigkeit zu sichern. »Ich forderte die Demonstranten auf, zehn Vertreter für ein möglicherweise zustande kommendes Gespräch zu bestimmen. Eine große Zahl Menschen (ich schätze über 50) kam spontan nach vorn; viele von ihnen mussten von mir wieder zurückgeschickt werden, da eine zu große Zahl einem sinnvollen Gespräch entgegengestanden hätte. 23 Personen blieben zurück (die später so genannte »Gruppe der 20«): eine spontan zusammengewinkelte Gruppe.

Ich forderte die Demonstranten auf, sie als ihre Vertreter zu bestätigen, was durch starken Beifall geschah. Danach bat ich die versammelten Menschen, uns Themen und Forderungen für das Gespräch zuzurufen.«

Die Demonstration löste sich friedlich auf, die »Gruppe der 20«, die am nächsten Tag mit Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer zusammenkommen sollte, war entstanden und wurde von staatlicher Seite als Dialogpartner anerkannt. Nicht nur Frank Richter zeigte sich von der neuen Haltung der SED überrascht: »Detlef Pappermann, Polizist, Einsatzleiter und Verhandlungspartner der Demonstranten am 8. Oktober 1989 in Dresden, berichtet davon, dass er mit der Erteilung des Schießbefehls gerechnet hat. Dieser kam jedoch nicht.«

Richter zog sich nach dem 8. Oktober aus der ersten Reihe zurück, ohne aber sein Ziel der Gewaltfreiheit aufzugeben. Die Idee eines dritten Weges spielte bei ihm, dem Gegner

der friedlichen Revolution

// Links: Teamarbeiter.
Frank Richter mit
seinen Kollegen bei
einer Klausur 2013.

Frank Richter

der SED-Diktatur, keine Rolle. Er sah seinen Platz auch im vereinigten Deutschland nicht in der Politik.

Berufliche Tätigkeiten – vermittelnde Rollen

Nach der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit übte Frank Richter zahlreiche berufliche Tätigkeiten aus: von 1994 bis 1996 war er Diözesenjugendseelsorger im Bistum Dresden-Meißen, von 1997 bis 2001 Pfarrer in Aue, von 2001 bis 2006 Referent am Sächsischen Staatsinstitut für Bildung und Schulentwicklung in Radebeul, von 2006 bis 2007 Pfarrer einer alt-katholischen Gemeinde in Offenbach, von 2007 bis 2009 Lehrer für Ethik und Latein im hessischen Langen. 2009 Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung geworden, nimmt er diese Tätigkeit bis heute wahr: unparteiisch, ungeachtet seiner Mitgliedschaft bei der CDU. Eine persönlich einschneidende Erfahrung geht auf das Jahr 2005 zurück: Richter legte sein priesterliches Amt nieder und heiratete.

Zwischen 2011 und 2013 füllte er die schwierige Funktion eines Moderators der von der Dresdener Oberbürgermeisterin Helma Orosz ins Leben gerufenen AG 13. Februar aus. Kritik entzündete sich an seinen Versuchen, die radikale linke Szene einzubeziehen. 2013 legte Richter sein Moderatorenamt nieder – die damit verbundenen Kompetenzen galten ihm als zu gering und damit als zu wenig effizient.

Im Zusammenhang mit dem Aufkommen von Pegida («Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes») trat Frank Richter abermals vermittelnd in Erscheinung, so bei verschiedenen Talkrunden im Fernsehen. Heftige Kritik musste Richter von der SPD, der Partei DIE LINKE und den GRÜNEN hinnehmen, als er der Pegida-Organisation im Januar 2015 auf deren Bitte hin die Räumlichkeiten der Landeszentrale für politische Bildung für eine Pressekonferenz zur Verfügung stellte. Der Direktor stand zu seiner Entscheidung, zumal sich keine nicht staatliche Institution für eine solche Pressekonferenz finden ließ. Es wäre besser gewesen, so seine Lesart, im selben zeitlichen Zu-



Prof. Dr. Eckhard Jesse

Geb. 1948 in Wurzen. Studium der Politik- und Geschichtswissenschaft an der FU Berlin; Dissertation zur Wahlrechtsgestaltung; Habilitation zur streitbaren Demokratie. Von 1993 bis 2014 Inhaber des Lehrstuhls »Politische Systeme, politische Institutionen« an der TU Chemnitz, von 2007 bis 2009 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Er ist u. a. Autor des Buches »Politik in Sachsen« (mit Thomas Schubert und Tom Thieme), Wiesbaden 2014.



// Wie geht Wiedervereinigung? Frank Richter mit einer südkoreanischen Delegation in der Landeszentrale.

sammenhang auch den Pegida-Gegnern ein Gastrecht einzuräumen. Unter seiner Ägide gab es zahlreiche Dialogforen zwischen Anhängern und Gegnern von Pegida. Deswegen kam mitunter der Vorwurf eines Pegida-»Verstehers« auf. Wer eine Position zu verstehen sucht, unterstützt diese deswegen aber noch nicht.

Ehrungen

Die Zahl der Richter zuteilgewordenen Ehrungen ist beträchtlich. 1991 erhielt er den Europäischen Menschenrechtspreis, 1995 den Erich-Kästner-Preis des Presseclubs Dresden, im selben Jahr das Bundesverdienstkreuz und 1997 die Sächsische Verfassungsmedaille. Ungeachtet der vielen Auszeichnungen blieb Richter bodenständig. Das Ziel der auf Gewaltfreiheit basierenden Aktivitäten war es stets, zwischen streitenden Kräften zu vermitteln. Hier gibt es Parallelen zwischen Richters Engagement in der Diktatur und in der Demokratie. Sein Platz »zwischen den Stühlen« ist selbst für eine moralische Autorität keineswegs bequem. Aber nur so lassen sich Brücken schlagen.

Literatur:

Frank Richter, Worte wachsen langsam – Aus dem Herbst 89, 2. Auflage, Dresden 2004.
Frank Richter, In den Purzelbäumen meiner Gefühle, Dresden 2004.
Frank Richter, Das letzte Jahr war das beste Jahr, in: Eckhard Jesse/Thomas Schubert (Hrsg.), Zwischen Konfrontation und Konzession. Friedliche Revolution und deutsche Einheit in Sachsen, Berlin 2010, S. 21–38.



Bundestag und Sejm tagten in Dresden

Katja Ciesluk

Deutsch-polnisches Treffen der Parlamentspräsidenten

Beratungen im Ständehaus

»Ich begrüße ausdrücklich, dass die Parlamente in Warschau und Berlin Sachsen für ihr gemeinsames Treffen ausgewählt haben. Die Tagung im Ständehaus in Dresden, dem einstigen Sitz des Sächsischen Landtags, knüpft an den traditionellen parlamentarischen Bezug des Hauses an«, hatte sich Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler bereits im Vorfeld über die Symbolkraft des Sitzungsortes gefreut.

// Der Bogen war weit gespannt: Fragen der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik standen neben der Asylpolitik ebenso auf der Agenda wie praktische Fragen der Zusammenarbeit beider Parlamente. Am 17./18. April tagten die Präsidien des Bundestages und seines polnischen Pendant, des Sejms, in Dresden. //

Bevor die Sitzung im Großen Saal begann, hieß Dr. Matthias Rößler die beiden Präsidenten, den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert und dessen Amtskollegen Sejm-Marschall Radosław Sikorski, und ihre Delegationen herzlich willkommen und bat sie, ihren Besuch in Dresden mit ihrem Eintrag in das Gästebuch des Sächsischen Landtags zu dokumentieren.



// Sejm-Marschall Radosław Sikorski (links)





Fotos: S. Giersch

Beziehungen weiter vertiefen

Bundestagspräsident Norbert Lammert und Sejm-Marschall Radosław Sikorski vereinbarten auf der gemeinsamen Sitzung, den 25. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages im kommenden Jahr in einer demonstrativen Weise zu gestalten. Das Jubiläum solle zur Bilanz der bilateralen Beziehungen genutzt werden sowie einen Aus-



// Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler und Bundestagspräsident Norbert Lammert

blick auf die weitere Vertiefung geben, so Bundestagspräsident Lammert im Anschluss an die Beratungen in Dresden.

Sicherheitspolitische Herausforderungen

Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen in Europa, insbesondere die Ukraine-Krise und die Rolle Russlands, waren ebenfalls Thema der Dresdner Konferenz. In diesem Zusammenhang erörterten beide Parlamentspräsidien den Stand der östlichen Partnerschaft der Europäischen Union. Wie Lammert erläuterte, könne es dabei wegen der erheblichen Unterschiede bei den osteuropäischen Partnerländern keine einheitliche Strategie der EU geben.

Das Treffen der Präsidien von Bundestag und Sejm war das insgesamt achte der jährlich veranstalteten gemeinsamen Sitzungen. Zuletzt hatte eine Begegnung im September 2014 in Danzig stattgefunden. Ähnliche Treffen gibt es ansonsten nur noch zwischen dem Bundestag und der französischen Nationalversammlung. Auf der Ebene der Parlamentspräsidien finden zudem zwischen Deutschland, Frankreich und Polen trilaterale Beratungen im dreijährigen Turnus statt, zuletzt im Juli 2013 in Krakau.



Fotos: R. Deutscher



Lars Rohwer kennt das politische Geschäft von Jugend an – im Sinne des Wortes. Als Mitglied der CDU hatte er vor der Wahl 1990 einen Listenplatz, der ihm allerdings erst 1991 mit dem Ausscheiden von Joachim Dirschka etwas nutzte: Rohwer wurde noch als 18-Jähriger das jüngste Mitglied des Sächsischen Landtags.

»So etwas kann man nie planen«, weiß er und erinnert

sich an die zweite Wahlperiode, als er 1998 – wieder als Nachrücker – über einen Listenplatz für den in den Bundestag gewählten Arnold Vaatz in den Landtag einzog. »Das war ein anderer, der damals Abgeordneter wurde, als der sieben Jahre zuvor.« Sicherer und ausgewogener sei er in den Jahren zwischen 1994 und 1998 geworden; irgendwie reifer: »Ich war gleich mit 18 mein eigener Chef. Das bringt für manchen mehr Nachteile als Vorteile mit sich.« Die 2. Legislaturperiode des Sächsischen Landtags begann ohne Lars Rohwer, der sich eine andere Tätigkeit suchte. Heute ist das für ihn ein Vorteil: »Die Zeit damals – mit einem Vorgesetzten, der klare Ansagen machte – hat mir sehr gut getan!« Bei den Wahlen 1999, 2004, 2009

// Die Frage, ob denn nun »Anfangen« oder »Aufhören« schwieriger sei, stellt sich für Lars Rohwer nicht wirklich. Für ihn sind Kontinuität und Flexibilität gleichermaßen Werte, die für ihn nicht verhandelbar sind. Nun will er wieder etwas verändern: Nach 13 Jahren Vorsitz im Kuratorium der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung blickt er auf einen erfüllten Abschnitt seines Berufslebens zurück: »Ich habe sehr viel gelernt!« Begriffen habe er, wie politische Bildung funktioniert, sagt er, lächelt – und auch, wie nicht. //



Politische Bildung wird für mich immer ein zentrales Thema bleiben

Lars Rohwer im Porträt

und 2014 konnte Rohwer immer seinen Wahlkreis im Dresdner Westen gewinnen und führte in der Zeit zwei Ausschüsse.

Vor 13 Jahren wurde er als Nachfolger von Horst Rasch, der das Innenministerium übernahm, ins Amt des Vorsitzenden der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung gewählt. Da hätten sich mannigfaltige Möglichkeiten aufgetan zu gestalten, erinnert er sich selbstbewusst: »Wir haben vieles gemacht und waren sicherlich auch manchmal unbequem.« Die öffentliche Diskussion des Armutsberichts unter dem ehemaligen Direktor Wolf-Dieter Legal stieß im Lande nicht nur auf Zustimmung.

Reizwort Pegida

Heute sei »Pegida« für viele zum Reizwort geworden. Die Rolle der Landeszentrale sei zwar schnell und einfach zu beschreiben, doch berge die Umsetzung einige Gefahren, spricht: politische Untiefen. »Die Landeszentrale muss neutral sein.« Das klinge einfach. »Die Landeszentrale muss mit-helfen, dafür zu sorgen, dass so viele Stimmen wie möglich gehört werden und dass miteinander geredet wird. Das ist mitunter alles andere als einfach!«

Wer einer Politik das Wort rede, die versuche, Gedanken und Meinungen festzulegen, führe in den Zentralismus:



»Die Landeszentrale muss auch künftig dafür sorgen, dass alle Seiten zu Wort kommen können und dass sie selbst keine vorgefestigte Meinung transportiert!«

Die Augen blitzen und die Stimme ist fest. Wer solche Worte findet, hat sich der Sache verschrieben, sollte man glauben. Nun will er nicht mehr den Vorsitz des Gremiums haben, das Entscheidungen trifft. Ergibt das Sinn? Über das Gesicht des Berufspolitikers huscht ein Lächeln: »Es ist die Sache mit der Neutralität. Ich will wieder mehr kontrovers diskutieren können, auch polarisieren, wenn's denn sein muss, in jedem Fall aber immer frei reden können.«

Gleichberechtigung aller

Das Kuratorium der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, so mahnt der Land-

tagsabgeordnete, müsse als ein Wächter über die Gleichberechtigung aller Gruppen der Gesellschaft im Sinne der im Grundgesetz verbrieften Rechte anerkannt sein. Das bedeute Enthaltensamkeit, wenn es um emotionale Darstellungen in der Politik gehe, und fordere Zähigkeit, die möglicherweise nie endende Anstrengung auf sich zu nehmen, sich nicht vereinnahmen zu lassen. Doch komme wohl der Zeitpunkt, an dem es gut sei. »Dreizehn Jahre sind genug«, hat Rohwer nun für sich beschlossen.

Was nun kommt? Das politische Geschäft werde ihn nicht loslassen. Seine Arbeit in der Fraktion sei spannend und fülle ihn aus. Sachverstand könne er einbringen, ist er sich sicher und wird ernst: »Ich habe viel geschenkt bekommen, von dieser Gesellschaft; sie hat mich ausgebildet und finanziell unterstützt. Ich denke, es ist mehr als recht und billig, so viel wie möglich zurückzugeben!«

Das geschehe im Ehrenamt – und das sei von großer Bedeutung für eine aufgeklärte Gesellschaft und ihm eine Herzensangelegenheit, beharrt er. Es gehe ihm dabei vor allem um junge Menschen unterschiedlichster Couleur, zum Beispiel beim Deutschen Roten Kreuz (DRK), im Dresdner SC 1898 und in den Kirchen, wo sie nach Orientierung suchten. Das Engagement im sozialen Bereich sei ein zutiefst demokratisches Verhalten, wirbt Rohwer: »Wir müssen die Wertigkeit des Ehrenamts erhöhen, weil es nur leben kann, wenn es in ein festes demokratisches Geflecht eingebunden ist!«

Demut vor der Leistung des anderen helfe auch zu fragen, was man tun und wie man helfen könne. »Wir konterkarierten uns selbst, fragten wir immer nur, warum etwas nicht funktioniert, anstatt uns mehr auf das zu konzentrieren, was geht und was machbar ist!«



»mit zimlichen harten wortten«

Der wohl erste überlieferte Ordnungsruf auf einem sächsischen Landtag

Am 24. Juni 1605 ging in Torgau wieder einmal ein Landtag zu Ende. Zwei Tage später schrieb Kurfürst Christian II. an Heinrich von Schönberg, den Leiter des sächsischen Oberbergamtes in Freiberg. Dem Landesherrn lag eine Beschwerde über das Verhalten eines Landtagsteilnehmers vor. Er beauftragte deshalb von Schönberg, nach Freiberg zu reisen, um dort den Beschuldigten, den Bürgermeister der Stadt, vor versammeltem Rat für sein schlechtes Betragen während der jüngsten Ständeversammlung abzumahnem. Außerdem verlangte der Landesherr, dass man seitens der Stadt künftig einen anderen Abgesandten schicken solle. Der amtierende Bürgermeister Freibergs, der Jurist Dr. Andreas Schütz, wurde damit für seine Person von der zukünftigen Landtagsteilnahme ausgeschlossen. Wer die Ungnade des Kurfürsten derart auf sich gezogen hatte, musste wohl den gebotenen Verhaltenskodex auf der Ständeversammlung grob verletzt haben.

Der Rat der Stadt Leipzig hatte sich noch während des laufenden Landtags am 20. Juni mit einem längeren Bericht direkt an den Kurfürsten gewandt und beklagte, dass ihr Abgesandter, der Bürgermeister Dr. Theodor Möstel, von seinem Freiburger Amtskollegen vor dem versammelten Großen Ausschuss der Städte übel beleidigt und damit in seiner Ehre angegriffen worden sei. Nicht nur, dass dies ohnehin für jeden

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage vor. //

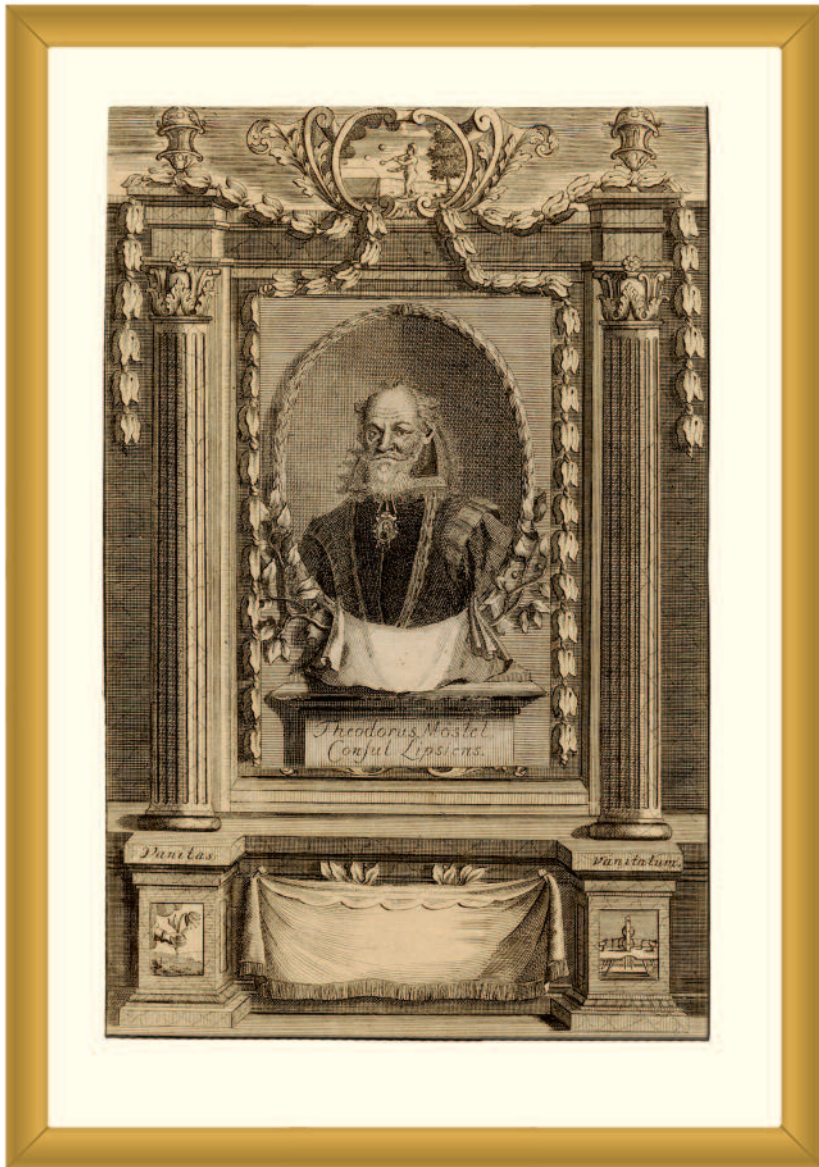
Teilnehmer eine äußerst unschickliche Verhaltensweise darstelle, der Schimpf des Unruhestifters habe sich zudem ausgerechnet noch gegen den Direktor der landtagsfähigen Städte und damit gegen den im Ehrenrang höchststehenden Ständevertreter gerichtet – den Bürgermeister von Leipzig. Ehre wurde in der Frühen Neuzeit auch mit politischem Einfluss gleichgesetzt. Als wichtigste und einflussreichste Stadt im Kurfürstentum Sachsen rangierte Leipzig innerhalb der Städte auf den sächsischen Landtagen an erster Stelle. Deshalb stand dem Leipziger Bürgermeister von alters her auch das Direktorium auf den Ausschusssitzungen zu.

Position zur Steuer

Der durch die Leipziger geschilderte Vorfall hatte sich an einem der ersten Verhandlungstage des zweiwöchigen Landtags ereignet. An diesem Vormittag beriet der sogenannte Engere Ausschuss der Städte, dem nur die größten und wichtigsten kursächsischen Städte angehörten, darüber, wie er sich zur landesherrlichen Steuerforderung positionieren wollte. Bevor sich die Städtevertreter in

die Mittagspause verabschiedeten, bat Möstel die Abgeordneten, um drei Uhr am Nachmittag wieder zusammenzukommen, damit das bis dahin niedergeschriebene Resultat der Sitzung noch einmal verlesen und beraten werden könne. Die Zeit drängte, denn die Ritterschaft wollte als nächste Instanz dieses Schriftstück diskutieren und ergänzen. Danach sollte das gemeinsame Positionspapier dem Kurfürsten überreicht werden. Man fand sich also zum angesetzten Zeitpunkt wieder im Engeren Ausschuss zusammen. Allein der Freiburger Bürgermeister Schütz habe gefehlt, weiß die Leipziger Klageschrift zu berichten. Nur dessen Vertreter, der Stadtrichter Oswald Hilliger, sei anwesend und nun gezwungen gewesen, allein für die Stadt Freiberg zu sprechen. Die Vertreter der Stadt Leipzig hätten den Entwurf des Schreibens verlesen und alle Anwesenden ihn gebilligt. Im Anschluss zog der Engere den Weiteren Ausschuss der Städte zur Beratung hinzu. Der Text wurde zur erneuten Beratschlagung laut verlesen. Als dies geschehen war, habe einer der Anwesenden – so der Bericht weiter – lautstark den Leipziger Bürgermeister Möstel beschimpft. Dies sei der Bür-

germeister Schütz aus Freiberg gewesen, der sich inzwischen wieder eingefunden hatte. Der Vorwurf wog schwer: Schütz habe infrage gestellt, dass der verlesene Text auch gemäß der Absprache am Vormittag von den Leipzigern zu Papier gebracht und dass der Konsens der anderen Städte des Engeren Ausschusses zuvor eingeholt worden sei. Er warf dem Leipziger Bürgermeister damit politischen Alleingang vor. Der beschuldigte Möstel habe dies nicht auf sich sitzen lassen können. Der Leipziger Rat verteidigte sich, die Städte des Engeren Ausschusses, also auch Freiberg in der Person des Stadtrichters Hilliger, hätten sehr wohl ihr Einverständnis erteilt. Schütz aus Freiberg habe daraufhin nachgelegt: Er würde es wohl wissen, wenn ein solcher Konsens erteilt worden wäre. Er würde ja nicht ohne Grund an den Ausschusssitzungen teilnehmen. Bürgermeister Möstel habe darauf entgegnet, dass er, Schütz, eben nicht zur angesetzten Zeit anwesend gewesen sei und der ganze Ausschuss nicht auf nur eine Person hätte warten können. Außerdem habe ja sein Vertreter Hilliger zugestimmt. Schütz sah sich nun wohl herausgefordert. Er habe den Leipziger Bürgermeister nun »mit großer unbescheidenheit [...] angelaßen«, dieser hätte nicht die Macht, ihn, noch irgendeinen anderen zur Sitzungsteilnahme aufzufordern. Auch ein Bürgermeister von Leipzig habe ihm



// Dr. Theodor Möstel, Bürgermeister der Stadt Leipzig (Universitätsbibliothek Leipzig)

gesamte Begebenheit ist fast ausschließlich durch die Klageschrift des Leipziger Rates überliefert und demnach keinesfalls neutralobjektiv. Eine Stellungnahme des Beschuldigten ist bisher nicht bekannt. Es bleibt zu vermuten, dass der Hintergrund für den wohl frühesten überlieferten Konflikt über das Verhalten eines Landtagsteilnehmers nicht allein der Formalienstreit war. Vielmehr brach sich in diesem Anlass wohl eine ältere, viel tiefer sitzende Auseinandersetzung Bahn, bei der es um die Ehre und die politische Vormachtstellung der führenden Städte im Kurfürstentum ging. Weil u. a. seit dem Spätmittelalter der Silbererzbergbau zurückgegangen war, hatte Freiberg an wirtschaftlicher Bedeutung verloren. Der europäische Fernhandel, der vor allem in Leipzig einen seiner wichtigsten Knotenpunkte hatte, blühte hingegen seit Längerem ungebrochen. Die geschilderten Auseinandersetzungen verdeutlichen auch die frühneuzeitliche Funktion der Ehre eines Einzelnen oder einer Gruppe bzw. einer Institution. Der Freiburger Bürgermeister versuchte, durch Ehrverletzung die Vorherrschaft der Stadt Leipzig gegenüber den anderen sächsischen Städten zu brechen oder zumindest an den Pranger zu stellen. Doch in der Konsequenz erfuhr er Gleiches an seiner eigenen Person, jedoch in deutlich wirksamerer Weise. Durch die Abmahnung des Bürgermeisters durch einen hohen landesherrlichen Beamten unter den Augen des Freiburger Rates wurde er selbst in seiner persönlichen Ehre massiv beschnitten und verlor zugleich einen Teil seines politischen Einflusses, nämlich die Chance, weiterhin als Gesandter auf Landtagen zu erscheinen.

nicht zu erklären, wie man es auf den Landtagen mit dem Beraten, Abfassen und Verlesen der Dokumente halte. Das wisse er wohl sehr gut selbst. Nach dem Bericht des Leipziger Rates an den Kurfürsten hätten die Vertreter der anderen Städte nun für den Leipziger Bürgermeister Partei genommen. Er habe »fideliter« – getreu dem alten Herkommen – gehandelt. Schütz wiederum erklärte: »Die Herrn von Leipzig könnten nicht leiden, das man sagtte wo es ihnen seße.« – d. h. sinngemäß, wenn man ihre Blasiertheit offenlege.

Drei Anklagepunkte

Der Leipziger Rat konstatierte, dass der Freiburger Bürgermeister den Leipzigern nicht weniger vorwerfe, als dass sie mit ihrem Direktorium nicht richtig umzugehen wüssten. Dies sei nicht nur eine unerhörte Beleidigung für den Bürgermeister Möstel, sondern zugleich auch für den gesamten ehrwürdigen Rat der Stadt Leipzig, ja nicht zuletzt auch für alle anwesenden Stände des kursächsischen Landtags. Der Bericht fasst dies in drei Anklagepunkten zusammen. Das erste und schlimmste Vergehen Schützes sei es

gewesen, dass diese Beleidigung ausgerechnet im Torgauer Schloss, in einem Haus des Kurfürsten, stattgefunden habe. Zweitens sei dies in Gegenwart des Großen Ausschusses der Städte geschehen und drittens habe Leipzig im kurfürstlichen Auftrag gehandelt.

Leipzigs Rat bat mit seinem ausführlichen Beschwerdeschreiben um den landesherrlichen Schutz seiner Ehre. Er hatte mit seiner Klage Erfolg. Sie veranlasste Christian II. dazu, den Freiburger Bürgermeister für sein Verhalten auf dem Landtag abzumahnern. Wie das geschah, berichten allerdings die Landtagsakten nicht. Die



Ausstellungseröffnung am 9. Juni 2015 »Im Dialog mit Literatur/Bilder zu Worten«

... ist das Motto der 33. Leipziger Grafikbörse. Seit über 40 Jahren versammelt die »Leipziger Grafikbörse« aktuelle druckgrafische Werke zeitgenössischer Künstler. Ursprünglich nur auf Leipzig fokussiert, lädt sie inzwischen alle zwei Jahre Künstler auch aus anderen Teilen Deutschlands ein, ihre jüngsten Arbeiten einzureichen. Getreu dem gewählten Motto waren dabei in diesem Jahr Arbeiten gefragt, die sich bildlich mit literarischen Texten auseinandersetzen. Gezeigt werden Beiträge von 90 Künstlerinnen und Künstlern vorwiegend aus Mitteldeutschland. Die Ausstellung wird vom 10. Juni bis 15. Juli 2015 im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags zu sehen sein. Zur Präsentation und auch zur Ausstellungseröffnung am 9. Juni 2015 um 18:00 Uhr im Bürgerfoyer laden wir Sie herzlich ein.

Neues Präsidium der Vereinigung ehemaliger Abgeordneter

Die Mitgliederversammlung der Vereinigung ehemaliger Abgeordneter des Sächsischen Landtags hat am 28. März 2015 ein neues Präsidium gewählt. Angelika Freifrau von Fritsch ist neue Präsidentin. Erstmals sind mehr Frauen als Männer im Präsidium vertreten. Ihre Aktivitäten in den vergangenen 20 Jahren hat die Vereinigung auf einer CD zusammengefasst. Kontakt: www.vemdl-sachsen.de.



// Michael Weichert (Beisitzer), Dr. Michael Lersow (Vizepräsident), Angelika Freifrau von Fritsch (Präsidentin), Dr. Dietmar Laue (Schatzmeister), Corinna Köhler (Beisitzerin), Uta Windisch (Vizepräsidentin), Dr. Liane Deicke (Schriftführerin). // Foto: Landtag

Landtag setzt 1. Untersuchungsausschuss ein

In seiner 11. Sitzung hat der 6. Sächsische Landtag auf Antrag der Abgeordneten von DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Untersuchungsausschuss »Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen« eingesetzt. Dieser soll mögliche Versäumnisse der Behörden im Umgang mit der Terrorgruppe NSU aufklären. Ein solcher Ausschuss existierte bereits in der vergangenen Wahlperiode. Mit der Neuauflage soll nun die Aufklärung fortgesetzt werden. Dem Gremium gehören 18 Abgeordnete an. Zum Vorsitzenden wurde Lars Rohwer (CDU) gewählt. Stellvertretende Vorsitzende ist Kerstin Köditz (DIE LINKE).

www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



SERVICE

Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden,
PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

10.–11.06.2015
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen
finden wie folgt statt:

08.–09.07.2015
16.–17.09.2015
07.–08.10.2015
19.–20.11.2015
16.–17.12.2015

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internet-auftritt. Weiterhin werden die aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regional-

fernsehen ausgestrahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Faktionen
CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

**Publikationsbestellung
und Leserbrief**
Sächsischer Landtag
Veranstaltungen,
Besucherdienst und
Publikationen
Bernhard-von-
Lindenu-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst
Anmeldungen für die
Besucherbetreuung
und den Besuch von
Plenarsitzungen erfolgen
unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von
10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und
Feiertagen geschlossen.

**CHIAVERI – Restaurant im
Sächsischen Landtag**
Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr
bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch
signierte sowie verschlüsselte
elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version
des Landtagskuriers finden
Sie unter
[www.landtag.sachsen.de/
Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier).

Die Beiträge der Gast-
autoren geben nicht
zwangsläufig die Meinung
der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom
Sächsischen Landtag im
Rahmen der parlamentarischen
Öffentlichkeitsarbeit
herausgegeben. Die Abgabe
erfolgt kostenfrei. Eine
Verwendung für die eigene
Öffentlichkeitsarbeit von
Parteien, Fraktionen,
Mandatsträgern oder Wahl-
bewerbern – insbesondere
zum Zwecke der Wahl-
werbung – ist unzulässig,
ebenso die entgeltliche
Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenu-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 04.05.2015.

Gastautoren: Prof. em. Dr. Eckhard Jesse, 09627 Bobritzsch; Jan Bergmann, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden